

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:540590-2020:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hamburg: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2020/S 220-540590**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Ort: Hamburg

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Fax: +49 40427310143

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.gmh-hamburg.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/api/external/deeplink/subproject/032d4873-4cce-4459-9ba3-84e55cb67a6b>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/api/external/deeplink/subproject/032d4873-4cce-4459-9ba3-84e55cb67a6b>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Öffentliches Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg

I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Bau, Betrieb und Bewirtschaftung öffentlicher und kommunaler Gebäude und Immobilien

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Neubau Bundesstützpunkt und Landesleistungszentrum Hockey Hemmingstedter Weg in Hamburg — Objektplanung gem. §§ 33 HOAI

Referenznummer der Bekanntmachung: GMH VgV VV 036-20 PP

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Auf der staatlichen Sportanlage Hemmingstedter Weg 140 im Bezirk Altona soll ein neuer Bundesstützpunkt (BSP) sowie Landesleistungszentrum (LLZ) Hockey als Ersatz für die nicht mehr den Anforderungen des Hochleistungssports genügende Hockeyanlage auf dem Gelände der Universität am Rothenbaum errichtet werden.

Hierzu werden 2 vorhandene Naturrasenspielfelder, die bislang für die Sportart Football genutzt wurden, umgebaut in ein Hockeygroßspielfeld (Kunststoff) und ein Hockeykleinspielfeld (Kunststoff). Beide Spielfelder erhalten eine Flutlichtanlage sowie eine Bewässerungseinrichtung.

Eine Kaltlufthalle (ohne Wände) soll eine Winternutzung des Kleinspielfeldes (halbes Hockeyfeld) ermöglichen. Weiterhin ist die spätere Vorrichtung für einen möglichen, temporären Aufbau von mobilen Zuschauertribünen (max. 3 500 – 4 000 Plätze) an den Längs- und Stirnseiten des Großspielfeldes zu berücksichtigen.

Für eine Übersicht der Beschreibung siehe Anlage „Projektbeschreibung“.

Im Weiteren siehe Ziffer II.2.4 der Bekanntmachung.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1 678 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Hauptort der Ausführung:

Hamburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Für eine Übersicht der Beschreibung siehe Anlage „Projektbeschreibung“.

Es soll ein Funktionsgebäude mit Umkleiden, Sanitäranlagen sowie Kraft, Seminar- und Büroräumen für den Hockeyverband errichtet werden. Auf einer Nettogrundfläche von rd. 732 m² werden somit alle für den Betrieb des BSP/LLZ erforderlichen Räume hergestellt.

In Abstimmung mit der zuständigen Umweltbehörde sind Ausgleichsmaßnahmen zur Errichtung der Neubaumaßnahme auf dem 2. Grünen Ring zu prüfen und umzusetzen.

Zum o. g. Projekt ist eine Förderung durch Bundesmittel angestrebt. Dementsprechend muss ein Zuwendungsantrag gem. den Richtlinien für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen (RZBau) zwingend Ende Mai 2021 eingereicht werden. Grundlage hierfür ist die abgeschlossene Lph 3.

Alle notwendigen Bestimmungen, wie die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) nebst Anlagen, die Richtlinien für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen (RZBau) nebst

Anlagen sowie die ANBest-GK vom 13.6.2019, Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO sind in diesem Projekt über sämtliche Leistungsphasen zwingend anzuwenden.

Teilnahme für:

Objektplanung Gebäude und Kaltlufthalle (ohne Wände) für die Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 sowie der Leistungsphasen 4 bis 9 (optionale Beauftragung im Stufenabruf) gem. HOAI

Das Baubudget (KG 200-600) beträgt ca. 5,48 Mio. EUR (netto).

Die zu vergebenden Leistungen für dieses Los bestehen aus:

— LPH 1 bis 3 gem. § 33 ff. HOAI,

— LPH 4 bis 9 gem. § 33 ff. HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem AG festzulegenden Stufen),

— Besondere Leistungen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Geplante Nutzungsverhältnisse

Der Hamburger Hockey-Verband sowie der Deutschen Hockey-Bund werden Hauptnutzer des geplanten Neubaus. Die Anlage soll sowohl Trainingsstätte für das LLZ und damit für die Landeskader als auch für den BSP und seine Bundeskaderathlet*innen (Nachwuchskader bis Olympiakader) sein. Die geplante Anlage

soll gemeinsam von den Hauptnutzern, dem Hamburger Hockeyverband und dem Deutschen Hockey-Bund, betrieben werden.

Eigentümer

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) ist Grundstückseigentümerin und wird Eigentümerin der geplanten Neubauten.

Kostenobergrenze

Die Kostenobergrenze (KG 200-600) für den Gebäudeneubau, die Spielfelder (inkl. Kaltfluthalle ohne Wände) sowie das Herrichten des gesamten Baufelds beträgt 5 480 000 EUR (netto).

Die daraus resultierende Kostenobergrenze (KG 200-600) für das Objekt Gebäude sowie das Herrichten des gesamten Baufelds einschließlich der Solaranlage und einer möglichen der Förderanlage zur Gewährleistung der Barrierefreiheit beträgt dabei anteilig:

2 225 000 EUR (netto).

Die daraus resultierende Kostenobergrenze (KG 300+400) für das Objekt Kaltfluthalle beträgt dabei anteilig:

1 400 000 EUR (netto).

Gesamtfinanzierung

Es wird eine gemeinsame Finanzierung zwischen der FHH und Bundesmitteln angestrebt.

Bedarfs- und Realisierungsträger

Die FHH, hier insbesondere die Behörde für Inneres und Sport als Bedarfsträger/Bauherr und die GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH als Realisierungsträger (Projektmanager) beabsichtigen, die o. g. Maßnahme gemeinsam zu realisieren.

2. Termine für die Ausführung der Leistungen

Die folgenden Termine sind für die Erbringung der Lph 1 bis 3 geplant:

- Beauftragung der Planungsleistung: Februar 2021,
- Beginn der Leistungserbringung: Februar 2021,
- Fertigstellung Lph 2: Ende März 2021,
- Fertigstellung Lph 3: Ende April 2021,
- Projektfertigstellung und Übergabe: 4. Quartal 2023.

3. Leistungen

Dem Objektplaner obliegt die Gesamtkoordination der Planung einschließlich sämtlicher Außenflächen (z. T. überdacht). Da dies den Leistungsumfang des zu planenden Objektes des Objektplaners übersteigt, handelt es sich hierbei um eine Besondere Leistung im Vertrag, die vom Bieter gesondert abgefragt wird.

Das o. g. Neubauprojekt besteht aus 3 Objekten. Es handelt sich hierbei um das Gebäude, die Freianlage und das Kaltluftdach (ohne Wände).

Mit der Vergabe erfolgt ein Abruf der Lph 1 bis 3 für die Objekte Gebäude und Kaltluftdach (ohne Wände).

Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung weiterer Lph und besonderer Leistungen besteht nicht. Der AG kann weitere besondere Leistungen abrufen, soweit der AN darauf eingerichtet ist.

Im Projektverlauf ist zwingend eine vom AG zur Verfügung gestellte Projektkommunikationsplattform zu nutzen.

3.1. Weitere fachlich vorgesehene Leistungsbilder:

- Freianlagen,
- Technische Ausrüstung,
- Tragwerksplanung,
- Bauphysik,
- Geotechnik/Baugrunduntersuchung,
- Vermessung.

3.2. Grundleistungen der Objektplanung gem. § 34 i .V. m. Anlage 10 HOAI:

- Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung,

- Leistungsphase 2 – Vorentwurf,
- Leistungsphase 3 – Entwurf,
- Leistungsphase 4 – Genehmigungsplanung,
- Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung,
- Leistungsphase 6 – Vorbereitung der Vergabe (Teilleistungen),
- Leistungsphase 7 – Mitwirkung bei der Vergabe (Teilleistungen),
- Leistungsphase 8 – Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation,
- Leistungsphase 9 – Objektbetreuung.

3.3. Besondere Leistungen:

3.3.1. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. -koordinator:

3.3.1.1. Leistungen als SiGeKo während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Abs. 2 Baustellenverordnung,

3.3.2.1. Leistungen als SiGeKo während der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Abs. 3 Baustellenverordnung.

Leistungsphasen 1 – 9

3.3.2. Durchführen von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen — Erstes überschlägiges Einschätzen der Wirtschaftlichkeit vor Einstieg in die Planung,

3.3.3. Wirtschaftlichkeitsberechnung — Bewerten der Wirtschaftlichkeit durch Gegenüberstellung der Wechselwirkung zwischen Investitionen und zu erwartenden Betriebskosten (Baunutzungskosten),

3.3.4. Einbeziehung der Objektplanung Freianlage gem. §§ 38 HOAI in die Gesamtkoordination des Projekts in allen Leistungsphasen.

Leistungsphase 3

3.3.5. Baustelleneinrichtungspläne mit Darstellung der wesentlichen Bauphasen (mindestens 4) als Teil der Leistungsphase 3 (koordiniert inkl. KG 500),

3.3.6. Durchführen einer ggf. erforderlichen baurechtlichen Voranfrage,

3.3.7. Zuarbeit zur den Machbarkeitsstudien/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen Solar- bzw. Solarthermie-Anlage (in KG 420 und KG 440),

3.3.8. Vorlage gewerkeorientierter Auflistung der Kostenberechnung mit Ende Leistungsphase 3 (zusätzlich zur bauteilorientierten Auflistung nach DIN 276).

Leistungsphasen 3 – 8

3.3.9. Aufstellen von Raumbüchern und Fortschreibung in allen Leistungsphasen.

Leistungsphase 9

3.3.10. Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist -Veranlassen und Überwachen der Nachbesserung oder Beseitigung auftretender Mängel während der Verjährungsfrist nach der Abnahme der Bauleistung — Veranlassen und Überwachen der Nachbesserung oder Beseitigung auftretender Mängel während der Verjährungsfrist nach der Abnahme der Bauleistung.

3.3.11. Erstellen einer Gebäudebestandsdokumentation — Erstellen von Bestandsplänen auf Grundlage der vorhandenen Planunterlagen und dem tatsächlich ausgeführten Objekt. Aufbereiten und Zusammenstellen

der Planungen und Ausarbeitungen der fachlich Beteiligten zu einer Gesamtdokumentation, z. B. auch Wohnflächenberechnungen nach Aufmaß. Abgrenzung: Leistung 5e) und Leistung 8 m).

3.4. Honorar

Grundlagen der Honorarermittlung

Die Grundlage des Honorars für Grundleistungen sind die anrechenbaren Kosten gem. § 33 HOAI 2013.

3.4.1. Die Honorarzone im Sinne der §§ 5, 34, 35 und der Anlage 10 Nummer 10.2 HOAI für das Objekt Gebäude: III.

Basis für die Honorarberechnung ist der Mindestsatz der Honorartafel nach § 35 Abs. 1 HOAI.

3.4.1 Die Honorarzone im Sinne der §§ 5, 34, 35 und der Anlage 10 Nummer 10.2 HOAI für das Objekt Gebäude: II.

Basis für die Honorarberechnung ist der Mindestsatz der Honorartafel nach § 35 Abs. 1 HOAI.

Baukosten:

Für die Baukosten der Gesamtbaumaßnahme für die DIN276-Kostengruppen:

- 200: 100 000 EUR (netto),
- 300: 2 750 000 EUR (netto),
- 400: 625 000 EUR (netto) (inkl. Solar- und Förderanlage),
- 500: 1 855 000 EUR (netto),
- 600: 150 000 EUR (netto).

Für die Baukosten des Objekts Gebäude für die DIN276-Kostengruppen:

- 200: 100 000 EUR (netto),
- 300: 1 550 000 EUR (netto),
- 400: 425 000 EUR (netto) (inkl. Solar- und Förderanlage),
- 600: 150 000 EUR (netto).

Für die Baukosten des Objekts Freianlagen für die DIN276-Kostengruppen:

- 500: 1 855 000 EUR (netto).

Für die Baukosten des Objekts Kallfluthalle (ohne Wände) für die DIN276-Kostengruppen:

- 300: 1 200 000 EUR (netto),
- 400: 200 000 EUR (netto).

3.5 Stundensätze

Für noch nicht zu benennende besondere Leistungen ist der Stundensatz/das Zeithonorar für den Auftragnehmer, Ingenieure und für technische Zeichner/sonstige Mitarbeiter im Angebot aufzuführen.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Kommunikation und Verfügbarkeit / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 20

Kostenkriterium - Name: Preis/Honorar / Gewichtung: 25

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 568 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 35

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. §§ 33 HOAI eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2014) mit der Leistungsphase 8 abgeschlossen und mit Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-6 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-3 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-3 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 28 Punkte erreicht werden.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte im Bewerbungsbogen zu dokumentieren.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

— Leistungsphasen 4 bis 9 gem. §§ 33 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

— Besondere Leistungen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß §§ 122 GWB bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen:

- ausgefüllter Bewerberbogen,
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie),
- Anlage 1B: Erklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck),
- Anlage 1C: Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/Zusammenarbeit (Vordruck),
- Anlage 1D: Erklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck),
- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck),
- Anlage 1F: Erklärung zu einer vergaberechtlichen Fortbildung durch eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B/C (Vordruck, ältestens April 2016),
- Anlage 1G: Erklärung zur Fortbildung durch eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person zur Inklusion oder zum Barrierefreien Bauen gem. DIN 18040,
- Anlage 1H: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1I: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1J: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1K: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck),
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2,
- Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck),
- Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie),
- Anlage 3A2: Nachweis der beruflichen Qualifikation (mind. FH) der vorgesehenen Projektleitung (Kopie),
- Anlage 3B: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung gem. §§ 33 HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) inkl. Eigenerklärung zur Leistungserbringung oder Referenzschreiben,
- Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten 3 Geschäftsjahren (Vordruck).

Näheres siehe Auswahlbogen.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Fortbildungsnachweis) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Bewerbung ist in Textform oder per qualifizierter oder fortgeschrittener elektronischer Signatur zu unterschreiben. Etwaige Unterschriftserfordernisse von

weiteren Bietern einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmern sind auf den entsprechenden Formularen im Original zu unterzeichnen und als gescannte Anlage einzureichen. Insoweit werden nur hierfür gescannte Unterschriften zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

Näheres siehe Verfahrenshinweise, diese sind zwingend zu beachten und bindend.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Aktueller Nachweis Berufshaftpflichtversicherung.

Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

B) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden).

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt.

Zu B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers gem. §§ 33 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 500 000 EUR (netto) erreichen.

Mit dem Angebot ist ein Nachweis über die vollständige Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die vollständige Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des für die Ausführung der Leitung Verantwortlichen.
- B) Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung.
- C) Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten.
- D) Nachweis über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV,

Zu B) Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur (mindestens FH),

Zu C) Öffentlicher Auftraggeber,

Zu D) Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI sind 5 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. §§ 33 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 08/12/2020

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
Aufträge werden elektronisch erteilt
Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert
Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die „Auskunftserteilung“ finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>
Hinter dem „Link Bieterportal“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Registrierung im Bieterportal reichen Sie Ihre Bewerbung bitte rein elektronisch ein. Teilnahmeanträge und Angebote können ausschließlich elektronisch abgegeben werden.
Der mit dieser Bekanntmachung in Ziffer I.3 publizierte, direkte Link zu den Vergabeunterlagen ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung korrekt. Sofern sich Änderungen ergeben, wird er hingegen nicht aktualisiert. Die dann aktuellen Vergabeunterlagen sind somit im Änderungsfall nicht mehr über den Link aus dieser Ziffer I.3. erreichbar.
Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.
Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilung“ während des öffentlichen Teilnahmewettbewerbs finden Sie zudem auf der Homepage des Unternehmens GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter: <http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen>
An alle Interessierten, die anonym die Unterlagen heruntergeladen haben, erfolgt kein Versand der „Auskunftserteilung“ per E-Mail.
Ein Versand der „Auskunftserteilung“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bewerber/Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.
Elektronische Teilnahmeanträge werden bei Unterzeichnung in Textform oder per qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur als unterzeichnet anerkannt. Für alle weiteren, ggf. erforderlichen Unterzeichnungen (z. B. bei Bietergemeinschaften) werden gescannte Unterschriften als gültig anerkannt.
Die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie zur finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation in eVergabe.
Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:
Versendung der Angebotsaufforderung in der 02. KW 2021, Einreichung der Angebote in der 07. KW 2021, Verhandlungsgespräche (unter dem Vorbehalt gem. § 17 Abs. 11 VgV) in der 09. KW 2021.
Hinweis: Zum Schutz aller am Verfahren Beteiligten vor den mit der Verbreitung von COVID-19 einhergehenden Gesundheitsgefahren behält sich der AG vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. § 17 Abs. 11 VgV).
Zum Schutz aller mit der Leistungserbringung befassten Personen sowie der sich vor Ort aufhaltenden Personen vor den Risiken, die mit COVID-19 einhergehen können, wird auf das den Vergabeunterlagen beigefügte „Hinweisblatt: Handhabung von Bauablaufstörungen“ sowie die Verfahrenshinweise verwiesen.

Sollten aufgrund der derzeitig vorherrschenden, pandemischen (SARS-CoVid 19) Bedingungen Nachweise nicht zu erbringen sein, ist eine Eigenerklärung einzureichen, in welcher der Umstand dargestellt wird und erklärt wird, den/die Nachweise sobald als möglich nachzureichen. Bitte bemühen Sie sich dahingehend frühzeitig auch um diejenigen Nachweise, die bei etwaiger Aufforderung zur Angebotsabgabe mit dem Honorarangebot einzureichen sind.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Hinsichtlich der Anforderungen bzw. geforderter Mindeststandards gelten die Dokumente bei Regelungslücken bzw. Widersprüchen in nachfolgender Reihenfolge:

1. Auswahlbogen,
2. Bekanntmachung,
3. Bewerberbogen,
4. Angebotsaufforderung,
5. Verfahrenshinweise.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sind zwingend zu beachten und bindend.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift: Neuenfelder Straße 19

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 21109

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

Telefon: +49 40428403230

Fax: +49 40427310499

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

- 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg — Rechtsabteilung U 1

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land: Deutschland

E-Mail: einkauf@gmh.hamburg.de

Fax: +49 40427310143

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
06/11/2020